

Schwäbisch Hall, den 14. Dezember 2005

Bündnis 90/ Die Grünen im Stadtrat
Rede zum Doppelhaushalt 2006/ 2007

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren

Die Finanzlage der Städte hat sich seit 2004 wieder besser entwickelt als ursprünglich erwartet wurde, aber davon, dass die Kommunen finanziell über den Berg seien, kann keine Rede sein. Das gilt so auch für unsere Stadt.

Wir können inzwischen wieder mit etwas höheren Gewerbesteuerzahlungen rechnen und gehen von ungefähr 19 Mio. Euro für die folgenden Jahre aus, aber über den Berg sind wir damit noch lange nicht. Luft und Handlungsspielraum zur Gestaltung wie z.B. für die Ganztageschule, die Ostumfahrung oder Sanierungsmassnahmen haben wir vor allem durch die Gewerbesteuernachzahlung erhalten, ein Vorgang der sich so nicht wiederholen wird.

Was wir brauchen und was nach wie vor vehement gefordert werden muss, ist eine Gemeindefinanzreform, um die Einnahmenseite zu verstetigen und die Kommunen wieder auf finanziell gesunde Beine zu stellen.

Diese Reform ist aber leider nicht in Sicht, denn die große Koalition hat sich diesbezüglich auf's Aussitzen und Verschieben verständigt.

Was wir nicht brauchen ist die Abschaffung der Gewerbesteuer. Denn eines ist sicher, die Kompensation wird unzureichend sein, das lehren uns die Erfahrungen der Vergangenheit. Und in dieser existenziellen Frage darf es auch keine Experimente geben, denn unsere Bürgerinnen und Bürger sind in fast allen Lebenslagen auf leistungsfähige Kommunen angewiesen.

Wir hier vor Ort haben keine Alternative zum Spar- und Konsolidierungskurs, solange sich auf höherer Ebene nichts tut. Und diesen Spar- und Konsolidierungskurs haben wir, auch wenn andere das nicht so sehen, nicht verlassen.

Wir haben uns bei unseren Anträgen zum Doppelhaushalt absolut beschränkt, haben im Bildungsbereich einen Schwerpunkt gesetzt und unsere Anträge im Energiebereich dienten vor allem einem sparsamen Umgang mit Finanzmitteln und Ressourcen.

Im Vorfeld der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2006/2007 haben Sie Herr Ober-

bürgermeister wieder eine Grundsatz- oder besser gesagt Sparkommission installiert. Und rückblickend kann man feststellen, dass dies ein Verfahren darstellt, das nicht zufriedenstellend ist und sich auch nicht bewährt hat. Denn wie sich bezüglich der angedachten Schulschließung in Gailenkirchen oder beim Personal der Schulbibliotheken gezeigt hat, braucht es bei öffentlichen Angelegenheiten eben eine öffentliche Diskussion zur Meinungsbildung. Wir brauchen die Rückkoppelung mit den Bürgerinnen und Bürgern, die wir ja schließlich vertreten, um so im Abwägungsprozess letztendlich Position beziehen zu können. Dies entspricht guten demokratischen Gepflogenheiten und nicht umsonst geht die Gemeindeordnung vom Grundsatz der Öffentlichkeit aus.

Aber ganz generell fordern wir eine klare und transparente Vorgehensweise seitens der Verwaltung bei allen Entscheidungen ein.

Denn es entsteht zunehmend der Eindruck, dass Beschlüsse von grundsätzlicher Bedeutung am Gemeinderat vorbei in Ausschüssen oder Tochtergesellschaften, in Kommissionen oder auf Klausurtagungen gefällt werden und der Gemeinderat dann vor vollendeten Tatsachen steht. Ich denke hier zum Beispiel an die TMG, wo völlig unabhängig von den Rückstellungen für's operative Geschäft, die Frage "Umbau des Neubausaals zu einem Kongresszentrum" in den Gemeinderat gehört. Oder ich denke an das geplante "interkommunale Gewerbegebiet", das bereits im Entwurf des Regionalplans steht, in den Gremien aber noch nicht beraten wurde. Oder ein weiteres kleines Beispiel: das Beleuchtungskonzept der Innenstadt, wo im Bauausschuss dann schnell mal vier Leuchten beschlossen werden anstatt dass man per Gesamtkonzept und Ausschreibung an die Sache herangeht.

Vor diesem Hintergrund werden wir die Frage, ob erneut eine GmbH, nämlich eine Finanz-Holding gegründet werden soll, kritisch prüfen. Einen weiteren Schritt vom Gemeinderat zum "Geheimrat" machen wir nicht mit. Und ich kann auch ankündigen, dass wir auf keinen Fall unter Zeitdruck irgendeine Entscheidung fällen werden.

Eine öffentliche Diskussion fordern wir auch bezüglich der Zukunft von Volkshochschule und Musikschule. Denn werden die Verwaltungen dieser beiden Einrichtungen zusammengelegt, so ist das nur der erste Schritt zur Zusammenlegung beider Institutionen. Dies bringt aber wie Erfahrungen anderer Städte zeigen nur wenig Synergien und Einspareffekte. Wenn aber immer mehr Kurse mangels Räumlichkeiten in Schulen im Außenbereich oder in den Vororten abgehalten werden müssen, ist dies für die Belebung der Innenstadt absolut schädlich. Beide Einrichtungen befinden sich nach diversen Sparrunden in einer Phase der Konsolidierung. Wir soll-

ten diese Einrichtungen nicht durch konzeptloses Hin- und Herschieben, jenseits aller Finanznot, kaputtmachen.

Und an dieser Stelle möchte ich betonen, dass manche Leistungen der Stadt sich nie betriebswirtschaftlich rechnen werden. Denn sonst schließen wir einen Teil der Bevölkerung davon aus, nämlich diejenigen, die sich diese Leistungen der Stadt dann nicht mehr leisten können. Eine Stadt ist eben kein Wirtschaftskonzern, sondern ein Gemeinwesen. Deshalb muss das Ziel unserer Bemühungen nicht die höchstmögliche Rendite sein, sondern das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger.

Auf die Frage " Was macht uns zukunftsfähig?" ist ein Schlüsselbereich sicher die Bildungspolitik. Auch wenn Bildung nach wie vor in der Hauptverantwortung der Länder steht und gerade in Baden- Württemberg leider von der Landesregierung eklatant vernachlässigt oder oft ignoriert wird (Hinweis auf G8), müssen wir uns vor Ort dieser Aufgabe stellen.

Wohl muss das Land konsequent in die Pflicht genommen werden, dennoch muss jede Gemeinde genauso ihren Bildungsauftrag wahrnehmen.

Wir in Schwäbisch Hall haben mit diesem Doppelhaushalt ganz deutlich einen Schwerpunkt im Bildungsbereich gesetzt:

- mit dem Bau des Schülerhauses im SZW
- mit der Forderung der SPD nach einer Ganztagesgrundschule, denn dies ist die richtige Antwort auf die veränderten Erziehungsbedingungen unserer Gesellschaft.
- mit der Betreuung der Schulbibliotheken, die eine unmittelbare Bildungsarbeit darstellt.
- mit dem Erhalt des Schulstandorts Gailenkirchen, denn Schulstandorte können nicht nur nach demographischen Gesichtspunkten

entschieden werden, sondern müssen vor dem Hintergrund einer konzeptionellen Ausrichtung und pädagogischen Aufgabensetzung geschehen.

Wir Grünen haben darüberhinaus mit unseren Anregungen den Fokus auf die frühkindliche Bildung gerichtet, die nun im Sozialausschuss thematisiert werden soll.

Wir denken, der hohe Standard unserer Tageseinrichtungen muss weiterhin ein Gütesiegel unserer Stadt sein.

Aber Bildung im kommunalen Sinn umfasst jedoch weit mehr. Hier gilt es alle Altersstufen zu

erreichen, allen Schichten den Zugang zu Bildung zu eröffnen und sehr unterschiedliche Institutionen wie Tageseinrichtungen, Museen oder Einrichtungen der Erwachsenenbildung in ein kommunales Gesamtkonzept einzubinden.

So sind unsere Museen nicht nur touristische Attraktionen, sondern ergänzen das Bildungsangebot mit Einrichtungen wie Musik- oder Volkshochschule.

Mit dem Hällisch- Fränkische Museum haben wir eines der bedeutendsten Museen im Land; mit nahezu 40 000 Besuchern im Jahr stehen wir hier gut da, handelt es sich doch um ein stadthistorisches Museum und nicht um einen Jahrmarkt.

Sicherlich hätten wir parteiübergreifend den Ausbau der Stadtmühle zum dritten Museumsabschnitt nicht vorangetrieben, wäre damals schon klar gewesen, wie die finanzielle Zukunft unserer Stadt aussehen würde. Nun aber herzugehen und ohne schlüssiges Konzept das Museum teilweise zu schließen, halten wir für einen kompletten Irrweg. Genauso kontraproduktiv wäre es gewesen, auf Vorschlag der Verwaltung hin einen zweiten Ruhetag einzuführen.

Dieses Museum ist eine "Schatztruhe", auf die wir stolz sein können und dies müssen wir auch in der Öffentlichkeit so darstellen. Und ergänzend möchte ich feststellen, dass Stadtjubiläen nur dann gefeiert werden können, wenn Geschichte zuvor ordentlich und wissenschaftlich aufbereitet und archiviert worden ist.

Bezüglich des Hohenloher Freilandmuseums teilen wir die Auffassung der Verwaltung, dass angesichts unserer Finanzlage die Bezuschussung neu geregelt werden muss. Nur halten wir es für nicht besonders zielführend, den übrigen Partnern einen neuen Verteilerschlüssel aufzuzwingen, sondern wir denken, dass hier unter Vermittlung der Landerregierung ernsthafte Gespräche zu führen sind.

Zur Energiepolitik ein paar wenige grundsätzliche Worte, denn zu diesem Thema haben wir in jüngster Zeit mehrfach ausführlich Stellung bezogen. Im Energiebereich fühlen wir uns als die treibende Kraft im Gemeinderat. Trotzdem tut sich u.E. viel zu wenig und wie sich bei den Beratungen gezeigt hat, ist dieser Gemeinderat weiterhin mehrheitlich gewillt, die Zukunft zu verschlafen. Unser Energiemanagement muss aber effizienter gemacht werden, braucht eine Datenerfassung, Zielvorgaben, Evaluation, Effizienzkontrolle etc. etc...Und die Devise kann nicht lauten, wir vernachlässigen diesen Bereich, weil wir keine Mittel haben, sondern es muss heißen: wir müssen hier ran, weil wir auch in Zukunft mit wenig Mitteln auskommen müssen. So hätte man z.B. anstatt kurz vor den Haushaltsberatungen noch eine Sondertilgung von über 6 Mio. zu tätigen, auch Überlegungen anstellen können, ob es nicht sinnvoll und wirtschaftlich

wäre, einen Teil davon in Energiesparmassnahmen zu investieren. Wir sind der festen Überzeugung, dass das Thema Energie uns unweigerlich aus Kosten- und Klimaschutzgründen einholen wird, und auf jeden Fall zur Chefsache gemacht werden muss.

Was die Verkehrsinfrastruktur anbelangt, so haben wir bereits mehrfach betont, dass die Ostumfahrung eine der wenigen Straßen ist, die von uns Grünen befürwortet wird; allerdings hätten wir es begrüßt, wenn der Landkreis sich hier mehr engagieren würde, da es sich ja ganz eindeutig um eine Kreisstraße handelt.

Für die Westumgehung läuft gerade das Planfeststellungsverfahren. Und es wurde heute nochmals deutlich, wie unsinnig es ist, eine Kreisstraße auszubauen, um eine Bundesstraße zu entlasten. Ich kann nur hoffen, dass dieses Ausbauprojekt im Verfahren steckenbleibt.

Zum Flugplatz:

Wie im Oktober der Presse zu entnehmen war gibt der Kreis Heilbronn seine Suche nach einem Gelände für einen Regionalflugplatz auf. Ziel ist es den "Adolf Würth Airport" für die Stationierung Heilbronner Maschinen zu öffnen und Schwäbisch Hall zur Drehscheibe für Geschäftsflug in der Region zu machen. Genau dies haben wir in der Vergangenheit befürchtet und deshalb den Ausbau des Flugplatzes abgelehnt. Hierbei geht es uns nicht um einige wenige Ausnahmegenehmigungen, sondern darum, dass dieser Flugplatz bezüglich seiner Auswirkungen auf Anwohner und Umwelt eine ganz andere Qualität bekommen wird, wenn die Stationierung nicht mehr auf Flugzeuge der Landkreise Schwäbisch Hall und Hohenlohe beschränkt bleibt.

Wir Grünen werden deshalb auf die Einhaltung der bestehenden Verträge pochen und stattdessen einen zügigen Ausbau der Schienenverbindungen, nämlich den zweigleisigen Ausbau der Murrbahn und die Verlängerung der Heilbronner Stadtbahn nach Schwäbisch Hall, fordern. Denn von diesen Maßnahmen profitieren, ganz abgesehen von ökologischen Aspekten und Belangen, wesentlich mehr Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie mich zur Stadtentwicklung kommen:

Die Weiterentwicklung des Ev. Diakoniekrankenhauses verbunden mit der Standortfrage hat sicher die größte Bedeutung für unsere Stadt. Leider steckt die große Dreier-Lösung mit dem Hohenlohekreis in einer Sackgasse. Wobei hier das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, da bin ich mir sicher. Die äußeren Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen werden uns wieder an den Verhandlungstisch zwingen. Mehr als die leidige Standortfrage haben jedoch Fragen des

Arbeits- und Tarifrechts, die Mitgliedschaft im Diakonischen Dachverband oder die Frage der Mehrheitsbeteiligung zum Scheitern der Verhandlungen geführt. Wenn sich das Diak in diesen Fragen bewegt, dann hat auch das Zentralklinikum wieder eine Chance.

Vielleicht könnte dann am Ende ein Kompromiss stehen, so wie wir ihn schon zu Beginn der Debatte eingebracht haben, nämlich ein Zentralklinikum in Schwäbisch Hall mit Portalplus in Öhringen und Crailsheim und Portalen in Künzelsau und Gaildorf.

Als weiteres wichtiges Thema steht die Bebauung des JVA-Geländes immer noch auf der Agenda.

Zur Zeit macht sich die Häussler-Gruppe Gedanken über die Nutzung des Areals und wir warten gespannt auf deren Vorschläge. Wenn man hier aber wieder nicht zu Potte kommt, schlagen wir vor, im Rahmen eines work-shops, Seminars o.ä. ergebnisoffen nach Alternativen zum Einkaufs-Mall-Konzept zu suchen. Wir sollten hier nicht in einen Zustand der Lähmung verfallen, sondern initiativ werden und nach Lösungen suchen, die zu Hall und zu unserer unverwechselbaren Altstadt passen.

Wir denken unsere Stadt hat das Potential vielleicht auch im Rahmen von Bauherrenmodellen, ähnlich wie in Tübingen im Französischen Viertel, hier eigene Wege zu gehen. So könnten wir uns Folgendes vorstellen: eine harmonische Weiterentwicklung der Innenstadtstruktur unter Berücksichtigung großflächigen Einzelhandels aber mit dem Schwerpunkt Wohnen, einen Rückbau des alten Knastgebäudes auf die ursprünglichen drei Einzelgebäude, vielleicht zur Kulturnutzung. Vielleicht fände sich dann auch ein neues Domizil für den club alpha, ganz nach dem Motto: "der club in den Knast". Auf jeden Fall sollten wir an diesem Zukunftsthema dranbleiben.

Noch ein paar Worte zum bürgerschaftlichen Engagement:

Die Idee einer Ehrenamtsbörse halten auch wir für eine gute Sache. Durch bürgerschaftliches Engagement wird in Zeiten knapper Kassen über Fördervereine, Stiftungen etc. manche wegfallende städtische Leistung kompensiert.

An dieser Stelle möchte ich aber auch betonen, dass in Schwäbisch Hall die Bürgerinnen und Bürger schon immer aktiv und engagiert waren, sonst hätten wir nicht so eine lebendige Stadt und hätten die Finanzkrise auch nicht so gut gemeistert. Deshalb sei allen engagierten, ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern hier ganz herzlich gedankt.

Abschließend möchte ich noch zu unserem Abstimmungsverhalten Stellung beziehen:

Dieser Doppelhaushalt ist wenig spektakulär, bewegt sich im Rahmen des Möglichen und setzt im wesentlichen den Sparkurs der Vergangenheit fort. Größere Knackpunkte wie z.B. die Gewerbesteuer beim letzten Doppelhaushalt gibt es diesmal nicht, sodass wir diesen Haushalt im Großen und Ganzen mittragen können. Mit den Investitionen in die Ganztageschule wurde ein richtiger Schwerpunkt gesetzt und eine wichtige Zukunftsaufgabe in Angriff genommen. Darüberhinaus trägt dieser Doppelhaushalt zumindest in Teilen auch unsere Handschrift wie z.B. bei den Schulbibliotheken, der Grundschule Gailenkirchen, den Zuschüssen für AWO und Friedensbergschule oder beim Museum.

Dass nun endlich ein Buswartehäuschen für den Rollhof gebaut wird, betrachten wir nicht als politischen Erfolg; vielmehr ist dies ein Zeichen an unsere Bürgerinnen und Bürger, dass nicht nur im touristischen Bereich alles getan wird, sondern dass auch die Anliegen und Bedürfnisse der eigenen Bürgerschaft wahr- und ernst genommen werden.

Zum Schluß gilt unser Dank der Verwaltung, und natürlich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Töchter für Ihre nicht immer leichte Arbeit, verbunden mit den besten Wünschen für das Jahr 2006.

Uns hier im Rat wünsche ich noch einen harmonischen Sitzungsverlauf, viel Kraft und gute Diskussionen mit Niveau und Sachverstand für das Neue Jahr zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen und bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.